

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Lesen, Wissen, Kunst
für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringelohn monatlich 80 Pf.
Zurück die Post bezogen vierstellig Nr. 275, unter Kreuzband für Deutschland und
Esterreich-Ungarn Nr. 5. — Erlaubt tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Zwingertstraße 14, II. Tel. 2465.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zwingertstraße 14. Tel. 1769.
Geldbezugszeit: von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate: werden die halbkolonnen Preiszeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inzerate müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorwärts zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 34.

Dresden, Sonntagabend den 10. Februar 1912.

23. Jahrg.

Die Sozialdemokratie im Reichstagspräsidium

Die Schwierigkeiten der Präsidiumsbildung. — Die Fehler der Nationalliberalen. Spahn's Scheinsieg und Verzicht.

Zum ersten Male in der Geschichte des Deutschen Reiches ist ein Mitglied der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, in das Präsidium der gesetzgebenden Reichskörperschaft ein. Unser Parteigenosse Scheidemann, der von unserer Fraktion vorgeschlagen wurde, hat infolge der Unterstützung unseres Antrags durch die Fortschrittspartei und eines Teiles der Nationalliberalen über den vom Zentrum unterstützten konservativen Kandidaten Dietrich gesiegt und ist zum Ersten Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages gewählt worden.

Die Sozialdemokratie hat sich wieder ein Stück Recht erkämpft! Lange haben die herrschenden Parteien unserer Partei besprochen, daß sie gleichberechtigt an der Leitung der Geschäfte des Reichstages teilnehmen dürfe. Der Wahlsieg des 12. Januar hat auch diesen Versuch, die größte Partei des Reiches als minderberechtigt zu erklären, zunichte gemacht. Die Macht der neuen Tatsachen setzt sich mehr und mehr durch und überwältigt allmählich die alten Mächte und die alten Vorurteile. Das Zustandekommen eines Sozialdemokraten im Reichstagspräsidium bedeutet an sich und als einzelnes Vorwissen nicht sehr viel, aber es ist ein bedeutsames Symbol für die fortschreitende Entwicklung der Demokratie und des sozialistischen Gedankens im Deutschen Reich.

Demnach wird die deutsche Arbeiterklasse, werden unsere Parteigenossen, die den letzten Wahlsieg mit so großer Begeisterung gefeiert haben, diesen ersten Erfolg auf parlamentarischem Boden mit Begeisterung begrüßen!

Und nicht minder bedeutsam erscheint der Erfolg, den die Kandidatur unseres Genossen Webel für den Präsidentensitz erzielt hat. Bei dieser Kandidatur handelte es sich für unsere Fraktion nur um eine Demonstration, die nötig geworden war, als die Nationalliberalen auf unsere Vorschläge zur Bildung eines Präsidiums aus zwei Liberalen und einem Sozialdemokraten aus allerlei ängstlichen Bedenken nicht eingegangen waren. Nachdem in den beiden ersten Wahlgängen Webel nur die sozialdemokratischen Stimmen erhalten hatte, verlegte sich in der folgenden Stichwahl auch die fortschrittlichen Stimmen und ein Teil der Nationalliberalen auf ihn. Webel erhielt 175 Stimmen, Dr. Spahn wurde mit 190 Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Polen gewählt. Nur wenig fehlte und August Webel wäre tatsächlich, selbst gegen seine eigene und unserer Fraktion Willigkeit, gewählt gewesen. Das wäre ein Schlag gewesen für alle Volkseinde, für alle Vertreter der Sozialdemokratie! Dr. Spahn hat noch nicht einmal die Stimmen der Mehrzahl aller Mitglieder des Hauses erhalten. Der Präsidentensitz, den er erklebte, steht auf sehr wackligen Füßen, und wer weiß, wie lange es Herrn Dr. Spahn gedauert ist, diesen Platz zu räumen. Jedenfalls ist die große Stimmenzahl, die Webel erhielt, ein Zeichen der Zeit!

Der eigenartige Ausgang der Präsidiumswahl sowie die vielfach falschen Kommentare, die darüber von der bürgerlichen Presse gegeben werden, lassen es notwendig erscheinen, daß die Vorgeschichte der Wahl mehr als bisher angängig war, klargelegt wird.

Die Schwierigkeit der Präsidiumswahl beruhte hauptsächlich auf folgenden Umständen: Einmal war zweifelhaft, ob eine Mehrheit der „Linken“, d. h. von Liberalen und Sozialdemokraten, vorhanden ist. Dann war unklar, wie sich die Nationalliberalen einerseits und wie sich andererseits das Zentrum zu dem Anspruch der Sozialdemokratie auf einen Sitz im Präsidium stellen würden. Ferner handelte es sich darum, ob es nicht vorzuziehen sei, statt eines Mehrheitspräsidiums ein sogenanntes „Arbeitspräsidium“ zu schaffen, in dem neben Liberalen und Sozialdemokraten das Zentrum vertreten wäre. In diesem Falle aber bereitete die Rivalität zwischen Nationalliberalen und Zentrum um den Vorrang die größten Schwierigkeiten. Andererseits war noch die Frage, ob das Zentrum unter Umständen die ihm befreundeten Konservativen verlassen würde.

Zusätzlich ergab es sich, daß die Vorverhandlungen zwischen den Fraktionen sich über zwei Tage ausdehnten und

daß schließlich eine wohl vorbereitete Lösung der Frage überhaupt nicht zustande kam. Erst die Ziffern der ersten Abstimmungen und die Wahl Spahn's klärten die Lage und zeigten den Nationalliberalen, daß sie zuvor durch eine unklare und schwankende Haltung, die das Ergebnis der innerhalb der nationalliberalen Fraktion herrschenden Gegenläufe war, vieles verborben haben.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte bei der Vorbereitung der Präsidiumswahl eine ebenso klare wie gerechte Absicht. Sie hatte das Bestreben, das Ergebnis der Reichstagswahlen — 7 1/2 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie und für die liberalen Parteien — in der Zusammensetzung des Präsidiums zum Ausdruck zu bringen. Sie ging ferner davon aus, daß die sozialdemokratische Fraktion allein für sich trotz ihrer Stärke nicht ein Drittel der Reichstagsmitglieder umfaßt und daß unsere Partei als Widerheitspartei und überhaupt als Oppositionspartei gegen das gesamte heutige Regierungssystem nicht die erste Leitung der Reichstagsgeschäfte übernehmen könne und wolle. Sie hat deshalb zunächst den liberalen Fraktionen die Erklärung abgegeben, daß sie gegenwärtig einen Kandidaten aus ihren Reihen für den Präsidentensitz zu stellen nicht beabsichtigen. Sie hat sich bereit erklärt, die sozialdemokratischen Stimmen möglichst für einen nationalliberalen Präsidenten zu stellen, falls die Liberalen bereit seien, einen Sozialdemokraten als ihren Vizepräsidenten zu wählen. Den zweiten Vizepräsidentensitz sollte die fortschrittliche Volkspartei stellen.

Die sozialdemokratische Fraktion vertrat aber weiter im Verlaufe der zwischen den Fraktionen eingeleiteten Verhandlungen auch die Auffassung, daß sie, falls ein liberal-sozialdemokratisches Präsidium nicht zustande komme, auch einverstanden sei, wenn ein Zentrumsmitglied mit in das Präsidium aufgenommen würde. Unsere Fraktion war nicht etwa der Meinung, daß nach den Rezepten der ideologischen und theoretischen Philosopher das Zentrum „ausgeschaltet“ werden müsse. Es wäre ungerade, eine große Partei wie das Zentrum, solange bei uns nicht ein wirklich parlamentarisches Regierungssystem eingeführt wird, künstlich auszuschalten zu wollen. Allerdings konnte dem Zentrum auf keinen Fall der Präsidentensitz zukommen. Es sollte sich mit einem der Vizepräsidentensitze begnügen.

Bei den liberalen Parteien fand jedoch unsere vernünftige und gerechte Forderung nur teilweise Verständnis. Die fortschrittliche Volkspartei war von Anfang an bereit, den sozialdemokratischen Anspruch auf den ersten Vizepräsidentensitz anzuerkennen. Aber es bestanden bei ihr Zweifel, ob es möglich sein würde, ein „Einpräsidium“ von Bestand zu schaffen, da es ungewiß sei, ob eine genügend dauerhafte Mehrheit hinter ihm stehe. Die Nationalliberalen verhielten sich noch viel unsicherer. Es zeigte sich, daß innerhalb ihrer Fraktion keine Einmütigkeit vorhanden war. Die Vertreter der Fraktion konnten nicht die Zustimmung geben, daß ihre Fraktion geschlossen für die Kassenfassungen eintreten werde, die sie selbst äußerten. Sie erklärten zunächst, daß auch sie, nachdem die sozialdemokratische Fraktion die staatsrechtlichen Bedingungen, die mit dem Amt eines Vizepräsidenten verknüpft seien, zu übernehmen bereit seien, keinen Anschlag hätten, mehr zu fordern. Aber eine Sicherheit, daß die nationalliberalen Fraktion einmütig für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten stimmen würde, konnten sie nicht geben. Vielmehr erklärte ein Vertreter des rechten Flügels der Nationalliberalen, daß seine eigenen Freunde nicht für unseren ersten Vizepräsidenten-Kandidaten stimmen würden.

Das Zentrum aber stellte sich völlig ablehnend zu dem sozialdemokratischen Anspruch. Es erklärte, daß es einen Sozialdemokraten nur wählen würde, wenn er sämtliche öffentlichen Verpflichtungen übernimmt. Das Zentrum hatte ja auch von Anfang an mit den Konservativen getuschelt. Es wollte den Präsidentensitz für sich, den ersten Vize für die Konservativen und der zweite Vize sollte gnädig den Nationalliberalen überlassen werden. Es sollte ein schwarzblaues Präsidium mit demütigen Absehung der Nationalliberalen zusammengelegt werden.

So scheiterten alle Verhandlungen. Der Verlauf der

Präsidiumswahl selbst hat die sozialdemokratische Strategie glänzend gerechtfertigt. Die Nationalliberalen ernteten schlimmen Lohn für ihre Unschlüssigkeit und Festfahrenheit. Sie konnten den Präsidentensitz haben und dem deutschen Volke wäre der Zentrumspräsident erspart geblieben, der allerdings doch auch nur einen recht zweifelhaften Triumph des Zentrums darstellte. Erst nachdem die Wahl Spahn's erfolgt war, erkannte auch der rechte Flügel der Nationalliberalen, welche Unheil er angerichtet hatte. Er sah die Gefahr eines völlig schwarzblauen Präsidiums. Und nun entschlöß er sich zu dem, was er vorher verweigert hatte, den Sozialdemokraten zum ersten Vizepräsidenten zu wählen. Selbstverständlich gaben die Sozialdemokraten dann sofort dem nationalliberalen Dr. Paasche die Stimmen für den Posten des zweiten Vizepräsidenten.

So ist die eigenartige Kombination Spahn-Scheidemann-Paasche zustande gekommen.

Für das Zentrum ist die Situation äußerst unangenehm. Spahn hat nun statt des konservativen Bundesbruders dem Sozialdemokraten Scheidemann an seiner Seite. Auch die Nationalliberalen haben Anlaß, über die Fehler nachzudenken, mit denen sie ihre Tätigkeit im neuen Reichstag begonnen haben. Gut gehalten hat sich die fortschrittliche Volkspartei. Und am besten sind wir böden Sozialisten heraus! Das jetzt gewählte Präsidium ist nur ein provisorisches. Nach vier Wochen erfolgt, wie die Geschäftsordnung des Reichstages vorschreibt, die endgültige Wahl. Wohl stets bisher bedeutete diese zweite Wahl nur eine Bestätigung der ersten. Ob es diesmal auch so geschehen wird, ist keineswegs gewiss! Zunächst mag Herr Dr. Spahn das Präsidium in dem Bewußtsein führen, daß er jeden Augenblick von einer Vereinigung der Sozialdemokraten und Liberalen gestürzt werden kann!

Der Reichstag wird in der nächsten Woche in wichtige sachliche Debatten eintreten. Er beginnt mit der Leuerungsfrage und mit der Verpredung über die allgemeine politische Situation in der ersten Lesung des Haushaltses.

Nachdem wir diese Zeilen geschrieben, erhalten wir folgendes Telegramm, das von Wolffs Telegraphischem Bureau als Extrablatt ausgegeben wird:

Berlin, 10. Februar. Der Präsident des Reichstages Abg. Spahn hat soeben in der Fraktionssitzung des Zentrums mitgeteilt, er werde am nächsten Montag in einem Schreiben das Amt als Präsident des Reichstages niederlegen.

Nach so ist es recht! Nun ist die Bahn frei für ein Präsidium aus Liberalen und Sozialdemokraten, wie wir es von Anfang an befürwortet haben!

Ueber den äußeren Verlauf der Präsidentenwahl wird uns noch geschrieben:

Wieder wogen dichte Menschenmengen auf und ab vor dem Reichstagsgebäude. Die Spannung war auf's höchste gestiegen, zumal die Nachricht durchgedrungen war, daß alle Verhandlungen von Fraktion zu Fraktion ergebnislos geendet seien.

Wiederum verließ mit Würde und Geschick Alterspräsident Traeger seine Obliegenheit, die für einen 82jährigen gewiss nicht leicht war. Die Frische und der gute Humor, womit der Senior des Hauses die Geschäfte führte, bewährte sich auch heute.

Drei Wahlgänge waren nötig, um die Entscheidung über den ersten Präsidenten herbeizuführen. Als schließlich die Wahl Spahn's zustande kam, da war es wohl die Vorauswahl der Dinge, die kommen sollten, die bewirkte, daß der schwarzblau Jubel sehr gedämpft klang. Um so einmütiger war der Beifall, den der neue Präsident erzielte, als er mit warmen Worten der Verdienste des greisen Alterspräsidenten Traeger gedachte.

Und nun kam die Wahl des ersten Vizepräsidenten heran. Sie kostete nur einen Wahlgang. Die Nationalliberalen hatten gelernt. Die Polen scheinen sich enthalten zu haben. Und so blieb dem der Vizepräsidentenkandidat des schwarzblauen